

Baruther Anzeiger

Beitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Markt). Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.



Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigespaltene Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Markt).

Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 38 Dienstag, den 30. März 1926

Die Aufwertung der alten Tausendmarkscheine ausschütlos.

Erklärungen Dr. Schacht in der Generalversammlung der Reichsbank.

In der Generalversammlung der Reichsbank führt Reichsbankpräsident Dr. Schacht zur Frage der Aufwertung der alten Tausendmarknoten folgendes aus: „Es ist Ihnen bekannt, daß sich eine Reihe von Verbänden gebildet hat, die nachträglich eine Aufwertung der Reichsbanknoten alter Ausgabe, insbesondere der alten Tausender, erzwingen wollen. Es ist möglich, daß die Bewegung getragen ist teils von Leuten, die man als Idealisten ansprechen kann, die aber jedenfalls eine Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge durchaus vermissen lassen. Zum größten Teil aber wird die Bewegung von Agitatoren berufsmäßig ausgenutzt, die in der Bevölkerung unerfüllbare Hoffnungen erregen und dadurch neue Erbitterung und Unruhe in sie hineintragen. Daß die Aufwertung irgendeiner Art von alten Banknoten einer völligen Umsturz des Bankgesetzes vom 30. August 1924 und damit einen Bruch der Londoner Verträge darstellen würde genügt allein schon, um jeden Gedanken an eine solche Aufwertung als eine Unmöglichkeit zu erweisen. Die in einzelnen Fällen von den Verbänden angegangenen Gerichte bis hinauf zum Kammergericht haben einhellig die erhobenen Ansprüche zurückgewiesen.“

Wir haben die feste Überzeugung, daß dies auch seitens des Reichsgerichts geschehen wird, das augenblicklich in letzter Instanz mit solchen Aufwertungsanträgen beschäftigt ist. Was die wirtschaftliche Auswirkung der Aufwertungsbestrebungen anbelangt, so genügt der kurze Hinweis, daß allein an hunderttausend Tausendmarkscheinen von 1910 noch 128 Milliarden nicht wieder zur Reichsbank zurückgelangt sind. Da nun die Ansprüche auf volle Entlohnung zum vollen Goldwert gerichtet sind, so hätte die Reichsbank allein für diese Tausender 128 Milliarden Reichsmark zu zahlen, was natürlich dem sofortigen Zusammenbruch der Reichsbank und der gesamten deutschen Währung gleichbedeutend wäre. Es ist bedauerlich, daß es keine gesetzliche Handhabe gibt, um dieser Agitation, die auf einen Volksbetrug hinausläuft, das Handwerk zu legen. Ich wollte diese Bemerkungen machen, um alle diejenigen Kreise aufzuklären, die noch auf eine Aufwertung alter Scheine hoffen.“

Reichsanwalt a. D. Fehrenbach gestorben.

Freiburg. Reichsanwalt a. D. Fehrenbach ist nach längerer Krankheit gestorben. Die Hoffnungen, die an eine Besserung im Befinden Fehrenbachs geknüpft wurden, haben sich zerfliegen.

Annahme des Steuerkompromisses.

Beide Lesungen im Ausschuss erledigt. In der ersten Lesung des Steuerkompromisses wurden folgende Urträge zur Vermögenssteuer angenommen: Die Vermögenssteuer ermäßigt sich, wenn das abgerundete Vermögen 10 000 Reichsmark nicht übersteigt, auf 1 von Tausend, 10 000 Reichsmark, aber nicht 20 000 Reichsmark übersteigt, auf 2 v. T., 20 000 Reichsmark, aber nicht 30 000 Reichsmark übersteigt, auf 4 v. T.

Berlin. In der zweiten Lesung des Steuerkompromisses entspann sich eine lebhafte Aussprache.

Die Zollsätze für Wein wurden dahin geändert und erläutert, daß der Zollsatz für ein Dz betragen soll für: 1. Wein zur Herstellung von Weinträumen unter Zollsicherung 20 Reichsmark, 2. Wein zur Herstellung von Weinbrand oder Weineffig unter Zollsicherung 10 Reichsmark, 3. Wein mit einem Weingeistgehalt von mehr als 200 Gramm in einem Liter wird wie nicht besonders genannter Branntwein verzollt.

Im übrigen wurde das Steuerkompromiß in zweiter Lesung vom Ausschuss ohne wesentliche Änderungen gemäß den Ergebnissen der ersten Lesung verabschiedet.

Keine Landtagsauflösung, keine Änderung der Dispositionen.

Berlin. Eine Landtagsauflösung, von der vielfach gesprochen wurde, kommt nicht in Frage; die letzte Entscheidung liegt natürlich beim Kabinett. Auch an den bisher getroffenen Dispositionen wird nichts geändert. Der Landtag wird vom Sonnabend bis zum 20. April in die Osterferien gehen. Die Regierungsparteien werden sich nach den Osterferien, wenn auch das Steuerkompromiß des Reichstages endgültig vorliegt, mit den Fragen beschäftigen, die sich aus dem Reichsfinanzausgleich ergeben.

Der österreichische Bundeskanzler in Berlin.

Berlin. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Kametraf traf Sonnabend früh in Berlin ein, um der deutschen Regierung seinen offiziellen Besuch abzugeben. Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, Staatssekretär Kempner von der Reichsjustiz und Direktor Köpcke vom Auswärtigen Amt empfingen den Bundeskanzler am Bahnhof. Der österreichische Gesandte war mit sämtlichen Mitgliedern der Gesandtschaft anwesend. Auch der hiesige Gesandte Dr. Kofka hatte sich eingefunden. Der Bundeskanzler wurde vom Außenminister Dr. Stresemann auf



Bundeskanzler Dr. Kametraf.

das herzlichste begrüßt. Dann übermittelte Staatssekretär Kempner Willkommensgrüße des Reichsanzlers Dr. Luthers.

Bundeskanzler Dr. Kametraf fuhr sofort nach dem österreichischen Gesandten Dr. Franz nach der österreichischen Botschaft, wo er und der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Staatssekretär Peter, Wohnung nahmen. Dann machte der Bundeskanzler Besuch beim Reichsanzler Dr. Luthers und beim Außenminister Dr. Stresemann. Beide Herren haben den Besuch bereits erwidert. Gegen Mittag stattete der Bundeskanzler dem Reichspräsidenten von Hindenburg seinen Besuch ab. Im Anschluß an diesen Besuch gab der Reichspräsident zu Ehren Dr. Kametraf ein Frühstück.

Steuerentfaltung und Staatsvereinfachung in Bayern.

Ministerpräsident Dr. Held über Sparmaßnahmen.

München. Der gemeinsame Antrag der Koalitionsparteien zur Steuerentfaltung und Staatsvereinfachung wurde im Staatshaushaltungsausschuss eingebracht. Finanzminister Dr. Krauseneck nahm im Verlauf der Debatte das Wort zur Begründung der vorgeschlagenen steuerlichen Maßnahmen, wobei er betonte, die bayerische Regierung habe sich schon seit längerer Zeit darüber schlüssig gemacht, daß die Staatsausgaben vermindert und die Staatsverwaltung vereinfacht

werden müßten. Aber auch die Reichsregierung müsse auf das gleiche Ziel hinarbeiten. Er hoffe, daß es ihm gelingen werde, mit dem Reich zu entsprechenden Vereinbarungen zu kommen.

In der weiteren Aussprache erklärte Ministerpräsident Dr. Held, die Wirtschaft könne auf die Dauer die hohen Ausgaben des großen Staatsapparates nicht mehr leisten. Weder im Reich noch in den Einzelstaaten könne man mit dem bisherigen Verwaltungskörper auskommen, weil die finanziellen Unterlagen dazu fehlten. Zur Lösung des Problems der Staatsvereinfachung solle ein Generalplan aufgestellt werden, der eines gewissen Zeitraumes zur Durchführung bedürfte. Die Minister seien beauftragt, Einzelpläne vorzulegen, welche die Unterlage für den Generalplan bilden sollten.

Der Ministerpräsident betonte, die Landwirtschaft sei der am schwersten von den Steuern betroffene Stand, bei ihr müsse mit der Steuerentfaltung begonnen werden. Wenn es nicht gelänge, durch eine Reihe tief einschneidender Maßnahmen eine neue Grundlage für den Staatshaushalt zu gewinnen, würde dies zur Liquidierung des Staates von selbst führen. Mit allem Nachdruck müsse der Kampf um einen besseren Finanzausgleich aufgenommen werden.

Der Reichsernährungsetat.

Reichstag, 188. Sitzung, den 27. März 1926.

Präsident Ebbe ergreift nach Eröffnung der heutigen Plenarsitzung das Wort und bat die Parteiführer, dafür zu sorgen, daß der Reichstag bis zum Schluß zusammenbleibe.

Das Haus schloß.

Die dritte Lesung des Reichshaushaltsplans.

fort, und zwar beim Haushaltsplan des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Hiermit wurde die Frage des Getreidemonopols verbunden. Es liegt ein Regierungsantrag vor, aus den Mitteln der Reichsgetreidekasse an ein unter Aufsicht der Reichsregierung stehendes berufsfähiges Organ einen Kredit von 30 Millionen zu gewähren, um durch geeignete Maßnahmen Schwankungen des inländischen Roggenpreises entgegenzuwirken. Ein Einvernehmen mit den berufsfähigen Organisationen des Handels, der Mühlen und der Konsumenten sei anzustreben. Der Kredit soll bis zum 1. April 1929 zurückgezahlt werden.

Reichsernährungsminister Dr. Haslindé weist demgegenüber darauf hin, daß die Pläne schon seit langer Zeit beraten worden seien. Er bittet um schnelle Verabschiedung der Vorlage, da es sich um eine Notstandsmaßnahme handle.

Auf Wünsche des Zentrums, die Regierung möge auf eine Herabsetzung des Zinssfußes hinwirken, da die Landwirtschaft den jetzigen Zinssfuß nicht herauswirtschaften könne, sagt Minister Haslindé zu, daß die

Kreditverleihen.

auch den kleinen Landwirten gewährt werden und viel Ermäßigungen eintreten sollen. Zu dem Antrag der Regierungsparteien ist ein sozialdemokratischer Zusatzantrag eingegangen: „Ueber die Verwendung der geforderten 30 Millionen Reichsmark ist ein besonderes Reichsgesetz zu erlassen.“

Bei der Abstimmung wird eine Entscheidung über den Antrag der Regierungsparteien sowie über den sozialdemokratischen Änderungsantrag und auch über den Etat bis 4 Uhr nachmittags zurückgestellt. Die Abstimmung soll nachmittags stattfinden.

Beim Haushalt des Reichswehrministeriums.

beantragt der Wirtschaftsparteier Wollath die Streichung der Gehälter der Reichsmittel, die den Kraftverkehrsvereinigungen gewährt werden sollen. Minister Krohne bittet, den Antrag abzulehnen. Der Kommunist Schüll bespricht Personalverhältnisse bei der Reichsbahn.

Der Sozialdemokrat Herch erklärt, die Sozialdemokratie sei mit den Beschlüssen des Steuerausschusses nicht zufrieden. Er weist auf die schwierige Wirtschaftslage hin.

Für die Deutschnationale Volkspartei gibt der Abgeordnete Dr. Geretz im Namen seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der er feststellt, daß die vorgenommenen Änderungen an der Steuerermittlungsvorlage in wesentlichen Punkten deutschnationalen Anregungen entsprechen.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold erklärt, die Regierung habe auf einstimmigen Beschluß des Kabinetts die Steuerermittlungsvorlage eingebracht. Parteigrundbegriffe seien dabei nicht beachtet worden.

Das Haus unterbricht dann die Beratung zur Vornahme der

Abstimmungen über den Ernährungsetat.

Der Antrag der Regierungsparteien über die Gewährung eines Kredites von 30 Millionen an eine Getreidehandelsgesellschaft wird mit 195 gegen 170 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die Kommunisten, ein Teil der Demokraten und einige Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Zu den Delegationen, mit denen ein Einvernehmen angestrebt werden soll, werden die Wärdereien hinzugezogen. Der Ernährungsetat wird erledigt.

Stürmische Schlußsitzung des Landtages.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wiederholt Abg. Piez (Komm.) seinen Antrag, die Auflösung des Landtages vorzunehmen und die Neuwahl auf den 8. Mai 1926 festzusetzen.

Wenn die Regierung und die Regierungsparteien nicht überzeugt seien, die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu haben, müsse man fragen,

warum die Regierung nicht zurücktritt.

Die Regierung hat den Mut, sich auf das „Vertrauensvotum“ von dreizehn Stimmen des Hauses zu berufen. Wenn sie erklärt, die Ablehnung des Hauszinssteuergesetzes sei einer Zufallsmehrheit zu danken, so legen wir, das Vertrauensvotum der Regierung ist ein Zufalls-Vertrauensvotum.

Da die Sozialdemokraten gegen den kommunistischen Antrag Widerspruch erheben, ist er gemäß den Bestimmungen der Geschäftsordnung gefallen.

Großer Ärger im ganzen Hause.

Sozialdemokraten und Kommunisten schreien erregt aufeinander ein. Die Glode des Präsidenten kann nur mit Mühe die Ruhe einigermaßen wiederherstellen.

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein, auf der zunächst nur unbedeutende kleine Vorlagen stehen. Es folgt die zweite Beratung eines Initiativgesetzes zur Veränderung des Gewerbe- und Handelslehrer-Dienstverhältnisses. Ohne Aussprache wird dem Antrag des Hauptkommissars zugestimmt, wonach das Staatsministerium der Preussischen Zentralregierungsstelle gegenüber für die Zeit bis zum 1. April 1927 die Ausfallbürgschaft bis zu 15 Millionen Mark übernehmen soll für den Fall der Nichteingehbarkeit von Krediten, die die Rasse den Verbandsaffären zur Beschaffung von Düngemitteln bis zum 1. Juni 1926 gegeben hat.

Der Präsident verabschiedete das Haus mit freundlichen Ostergrüßen.